

Einladung zum Fachgespräch:

“Schutz der Menschenrechte in der Corona-Krise – Länderbeispiele aus Afrika, Asien und Lateinamerika”

am 22. Juni von 14:00 bis 15:00 Uhr

als online-Veranstaltung (Zoom)

unter der Schirmherrschaft von MdB Dr. Sascha Raabe

(Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete,
sehr geehrte Mitarbeiter*innen,

die Corona-Krise führt aktuell zu massiven Einschränkungen der Menschenrechte in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Internationalen Advocacy Netzwerke (IAN) laden Sie zu einem Fachgespräch ein, bei dem wir die Auswirkungen benennen und die Handlungsmöglichkeiten von Bundestagsabgeordneten angesichts der weltweiten Krise diskutieren wollen.

Zur Einführung in die Thematik werden Betroffene zu Wort kommen. In drei kurzen Videobeiträgen sprechen Partner*innen aus Asien, Afrika und Lateinamerika über die Problematik der Corona-Krise. Anschließend ergänzen die Mitglieder von IAN die spezifischen Verletzungen von Menschenrechten in weiteren Ländern.

Danach haben Sie die Gelegenheit für Rückfragen und wir eröffnen die Diskussion.

Am Ende der Veranstaltung möchten wir zusammenfassen, wo Sie Handlungsmöglichkeiten für Bundestagsmitglieder sehen und wie Sie aktiv werden können.

Wir danken Herrn Dr. Raabe für die Übernahme der Schirmherrschaft und freuen uns auf Ihre Teilnahme am Fachgespräch.

Bitte melden Sie sich per E-mail bei den Kolleginnen des Ökumenischen Netz Zentralafrika an: office@oenz.de. Sie bekommen den Link zu der online-Veranstaltung zugeschickt.

Im Anhang finden Sie kurze Hintergrundinformationen zu der aktuellen Lage in den von IAN repräsentierten Ländern.

Im Namen aller Mitgliedsorganisationen von IAN,

Gesine Ames

Dr. Carola Hausotter

Ökumenisches Netz Zentralafrika

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Veranstaltet von: Aktionsbündnis Menschenrechte - Philippinen, Bangladesch-Forum, Dalit Solidarität in Deutschland, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, Fokus Sahel, Informationsstelle Peru e.V., kolko - Menschenrechte für Kolumbien e.V., Kooperation Brasilien KoBra e.V., Nepal-Dialogforum, North East India Forum (NEIF), Ökumenisches Netz Zentralafrika, Ozeanien-Dialog, Sri Lanka Advocacy, Stiftung Asienhaus, Westpapua-Netzwerk, Watch Indonesia! e.V.

Hintergrundpapier zum IAN-Fachgespräch: „Schutz der Menschenrechte in der Corona-Krise – Länderbeispiele aus Afrika, Asien und Lateinamerika“

Wir hören von unseren Partnerorganisationen, dass Regierungen autoritäre Strukturen verfestigen und ausbauen, die sie bereits vor Ausbruch der Pandemie geschaffen haben. Sie bedienen sich dafür in vielen Ländern der Unterstützung der Streitkräfte. Das Militär ist in das Krisenmanagement einbezogen (Myanmar, DR Kongo, Philippinen, Brasilien) oder wird sogar selbst zum Hauptakteur der Krisenbekämpfung (Indonesien, Sri Lanka).

Der weltweite Lockdown hat das repressive Vorgehen gegenüber Regierungskritiker*innen verschärft. Es kommt zum unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (Myanmar, Nepal, Fidschi). Die Einschränkung von Grundrechten auf Basis von Corona-Maßnahmen führen dazu, dass die Opposition in zahlreichen Ländern faktisch mundtot gemacht wird. Ihr drohen willkürliche Verhaftungen und Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte, wenn sie auf die Straße gehen oder ihre Meinung öffentlich äußern (Kambodscha, Niger).

Die **Medien** spielen im Hinblick auf Aufklärung über Covid-19 eine zentrale Rolle. Dennoch sind Teile der Bevölkerung, wie beispielsweise die marginalisierte Landbevölkerung, von diesen Informationsmöglichkeiten weitgehend abgeschnitten. Sie haben keinen Zugang zu digital zur Verfügung stehenden Informationen (Peru, Papua-Neuguinea). Kritische Berichterstattung ist nur sehr begrenzt möglich, besonders dann, wenn es um Themen wie die Alltagsgewalt gegen Frauen und Mädchen (Nepal) oder ethnisch-religiöse Willkür bei der öffentlichen Versorgung von Pandemie Opfern geht (Sri Lanka).

Mehrere Regierungen benutzen den Lockdown dazu, regierungskritische Medien zu schließen (Bangladesch). Die ohnehin schon eingeschränkte Meinungs- und Informationsfreiheit wird zusätzlich beschnitten und Websites von nicht staatlichen Nachrichtenagenturen werden gesperrt (Kambodscha, Myanmar). Unter Anwendung eines nationalen Notstandsgesetzes wird die Verbreitung "falscher Informationen" unter Strafe gestellt und die freie Meinungsäußerung durch politisch motivierte Inhaftierungen gefährdet (Philippinen).

Die **Gefährdungslage von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen** verschärft sich durch die Corona-Krise ebenfalls: Schutzmaßnahmen können nicht wie bisher gewährt werden und der Aufenthalt zu Hause wird zur Gefahr (Kolumbien und Mexiko). Die Corona-Maßnahmen dienen zudem als Vorwand, Menschenrechtsverteidiger*innen festzunehmen (Indonesien, Indien). Dort, wo Journalist*innen schon vor der Pandemie bedroht wurden, sind sie auch weiterhin in Gefahr (Myanmar, Mexiko, Philippinen). Sie werden der Verletzung der Ausgangssperren bezichtigt und unter diesem Vorwand festgenommen (Ruanda). Die kritische Berichterstattung über Covid-19 Fälle kann Verhaftung und Verurteilung nach sich ziehen (Niger).

In allen Ländern ist zu beobachten, dass **vulnerable und marginalisierte Gruppen** besonders stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind. Sie leiden unter der Verletzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte und ihre ohnehin schon schwierige Lage verschlechtert sich zunehmend.

- Die **indigenen Völker** erhalten kaum Unterstützung von den Regierungen. Viele wählen den Weg der Selbstisolation. Dabei werden die Grenzen ihrer Territorien jedoch nicht akzeptiert oder gesichert (Peru, Brasilien).

- **Frauen und Minderheiten** sind besonders von dem Armutrisiko betroffen, zumal, wenn sie in der Landwirtschaft arbeiten (DR Kongo). Weltweit ist ein Anstieg der Gewalt gegen Frauen, insbesondere der häuslichen Gewalt, zu beobachten (Peru, Kolumbien).

- **Wanderarbeiter*innen, Hausangestellte und Migrant*innen** werden beschuldigt Überträger*innen des Virus zu sein. Wanderarbeiter*innen haben im Gastland keinen Zugang

zur Gesundheitsversorgung, können wegen der Einreisebeschränkungen aber auch nicht zurück ins eigene Land (Indien, Nepal).

- **Migrant*innen** sitzen an Grenzen fest und fürchten den Ausbruch von Covid-19, der in ihrem Umfeld dramatische Auswirkungen hätte (Mexiko).

- Die **ländliche Bevölkerung** hat keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung (Indien). Besonders bedroht sind Tagelöhner*innen und ihre Familien. Sie können die Ausgangssperre nicht einhalten, da sie sonst ihre Familien nicht ernähren können (Philippinen).

- Weltweit sind **Gefängnisinsass*innen** aufgrund von Überbelegung und mangelnder Hygiene überdurchschnittlich gefährdet, sich mit Covid-19 zu infizieren. Nur wenige Länder begegnen dem mit einer Entlassungsstrategie, von der aber politische Gefangene oft ausgenommen sind (Indonesien, Philippinen, Westpapua).

In allen Ländern ist zu beobachten, dass auch Menschen, die im formellen Sektor arbeiten, zunehmend in Armut und Hunger abrutschen. Gerade Arbeiter*innen aus dem informellen Sektor fehlen jetzt soziale Absicherung und tägliches Einkommen.

Weltweit ist mit einem starken Anstieg der Armut zu rechnen. Davon sind Millionen von Menschen betroffen, die im informellen Sektor arbeiten sowie Textilarbeiter*innen, die aufgrund des Ausfalls von Produktionsaufträgen entlassen wurden. Es droht eine humanitäre Krise (Bangladesch). Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer (Ruanda).

Die Regierungen haben in vielen Ländern Hilfsprogramme aufgelegt. Jedoch sind die Nahrungspakete nicht an die Bedürfnisse der Betroffenen angepasst. Die Preise für Grundnahrungsmittel und Medikamente steigen, und die Menschen leiden schon jetzt unter Nahrungsmittelknappheit und Hunger (Burundi, DR Kongo, Timor-Leste, Sahelländer). Der Staat kommt in einigen Ländern seinem Versprechen, Lebensmittel zu verteilen, nicht oder mit großer Verspätung nach, und die staatlichen Lebensmittelhilfen sind bei weitem nicht ausreichend (Ruanda, Kolumbien).

Statt **konsequentem Gesundheitsschutz und Armutsbekämpfung** ist zu beobachten, dass einige Länder die Corona-Krise komplett ignorieren (Brasilien, Burundi) oder nur unzureichende Maßnahmen treffen. Studien zufolge rechnet Bangladesch mit bis zu 500.000 Toten, wenn die Diagnostik- und Behandlungskapazitäten nicht ausgeweitet werden. Schlechte medizinische Versorgung, fehlende Schutzkleidung und mangelhaftes Gesundheitsmanagement hemmen die Eindämmung der Corona Pandemie (Westpapua, Sahelländer).

Anstatt **Hilfe aus dem Ausland** anzunehmen, werden internationale Expert*innen ausgewiesen (Burundi). Hilfspakete müssten geschnürt, und die Lebensmittelverteilung dringend in Gang gesetzt werden (Timor-Leste). Marginalisierte Gruppen wie indigene Völker können nur in enger Abstimmung mit ihren eigenen Vorschlägen und Wünschen, z.B. mithilfe von Selbst-Isolierung und dem Schutz der Grenzen indigener Gemeinden, konsequent geschützt werden (Westpapua).

Anliegen an die Bundesregierung und die Mitglieder des Bundestages:

Die deutsche Bundesregierung und die Mitglieder des Bundestages sind weltweit vernetzt.

Sie sind aufgerufen, diese dramatischen Meldungen nicht nur wahrzunehmen, sondern ihren Einfluss vor Ort geltend zu machen, um

- Zivilgesellschaft zu stärken,
- repressives Regierungshandeln in bilateralen Gesprächen zu thematisieren und
- die konsequente Beachtung der Menschenrechte auch angesichts der Corona-Krise einzufordern.

Internationale Advocacy Netzwerke (IAN)

Adivasi-Koordination

in Deutschland

Jugendheimstraße 10
34132 Kassel
Tel.: +49(0)561 | 475 97800
adivasi.koordination@gmx.de
www.adivasi-koordination.de

Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen

Hohenzollernring 52
50672 Köln
Tel.: +49(0)221 | 7161 2122
keppel@amp.ngo
www.amp.ngo

Bangladesch-Forum Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: +49(0)30 | 57 14 723
info@bangladesh-forum.de
www.bangladesh-forum.de

Dalit Solidarität in Deutschland

Normannenweg 17–21
20537 Hamburg
Tel.: +49(0)40 | 25 456 175
koordination@dalit-solidaritaet.de
www.dalit.de

Deutsche Menschenrechts- koordination Mexiko

Blumenstraße 19
70182 Stuttgart
Tel.: +49 (0)711 | 5764 6879
info@mexiko-koordination.de
www.mexiko-koordination.de

Fokus Sahel

Am Sudhaus 2
12053 Berlin
Tel.: +49(0)30 | 6899 9420
fokus_sahel.lenz@yahoo.de
www.fokussahel.de

Informationsstelle Peru e. V.

Kronenstr. 16HH
79100 Freiburg
Tel.: +49 (0)761 7070840
info@infostelle-peru.de
www.infostelle-peru.de

kolko – Menschenrechte für Kolumbien e. V.

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: +49(0)30 | 4280 9107
mail@kolko.net
www.kolko.de

Kooperation Brasilien e. V.

Kronenstraße 16a
79100 Freiburg
Tel.: +49 (0)761 6006926
info@kooperation-brasilien.org
www.kooperation-brasilien.org

Nepal-Dialogforum

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: +49(0)30 | 8876 6956
koordination@nepal-dialogforum.de
www.nepal-dialogforum.org

North East India Forum (NEIF)

c/o Gossner Mission
Georgenkirchstraße 69/70
10249 Berlin
neif@asienhaus.de
www.asienhaus.de/neif

Ökumenisches Netz

Zentralafrika

Schöneberger Ufer 61
10785 Berlin
Tel.: +49(0)30 | 48 62 5700
office@oenz.de
www.oenz.de

Ozeanien-Dialog

Normannenweg 17-21
20537 Hamburg
Tel.: +49(0)40 | 25 456 122
info@ozeanien-dialog.de
www.ozeanien-dialog.de

Sri Lanka Advocacy

c/o Theodor Rathgeber
Jugendheimstraße 10
34132 Kassel
Tel.: +49(0)561 | 4759 7800
slanka@gmx.net
http://srilankabrief.org

Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52
50672 Köln
Tel.: +49(0)221 | 716 121-11
asienhaus@asienhaus.de
www.asienhaus.de

Watch Indonesia! e. V.

Urbanstraße 114
10967 Berlin
Tel.: +49(0)30 | 698 179 38
watchindonesia@online.de
www.watchindonesia.de

Westpapua-Netzwerk

Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
Tel.: +49(0)202 | 8900 4170
wpn@westpapuanetz.de
www.westpapuanetz.de